

österreichischen Abgeordneten Gritzner, gegen den eine gerichtliche Untersuchung wegen der Teilnahme an den Oktoberaufständen eingeleitet worden war, beschäftigten die Nationalversammlung bis in den Monat März hinein. Danach wird Werner häufig als unentschuldigt abwesend geführt<sup>10</sup>.

Die Oberkircher Bürger hatten Werners Rückkehr aus dem Exil mit Genugtuung registriert. In den Wintermonaten konzentrierten sich die Bürger auf ihren neu formierten Volksverein, der die Aufgabe hatte, beim Aufbau einer neuen revolutionären Bewegung in Baden mitzuhelfen. Vorsitzender des Vereins, der im Winter mehrere Petitionen an das badische Parlament richtete, war Max Werner. Derartige Vereine wurden ab April in ganz Baden gegründet. Zu den Mitgliedern des in Mannheim residierenden Ausschusses der Volksvereine gehörte auch Werner. Im Mai hatte sich in Frankfurt die äußerste Linke vom Zentralmärzverein getrennt. In einem am 24. April im „Verkünder“ für Karlsruhe und Umgebung abgedruckten und von Werner mitunterzeichneten Schreiben an sämtliche Angehörigen der politischen Märzvereine rechtfertigt die äußerste Linke der Nationalversammlung (Donnersberg) diesen Schritt und informiert über die Kontaktaufnahme mit dem demokratischen Zentralausschuß, um eine wirksame Zentralisierung der Vereine mit demokratischen und republikanischen Zielen zu erreichen<sup>11</sup>. So beauftragte der Mannheimer Landesausschuß am 4. Mai den Reichsagsabgeordneten Werner bei einer vom Zentralmärzverein auf den 6. Mai einberufenen Versammlung zu erscheinen und zu erklären, „daß die Richtung sämtlicher Volksvereine mit Ausnahme weniger eine entschieden demokratische sei“<sup>12</sup>. Der Donnersberg erließ am 8. Mai einen Aufruf, in dem alle deutschen Männer aufgefordert werden, mit Waffengewalt gegen „Despotismus und Barberei“ zu kämpfen<sup>13</sup>. Am 6. Mai 1849 taucht Werners Name auf einem Flugblatt des „Klubb Donnersberg“ auf, das „Die äußerste Linke der Nationalversammlung“, vor allem die Pfälzer in ihrem Aufstand ermutigen wollte<sup>14</sup>.

Am 12. und 13. Mai kamen Delegierte fast aller badischen Volksvereine nach Offenburg und beschlossen, eine Abordnung nach Karlsruhe zu senden, um der Regierung ihre Forderungen vorzulegen. Die Mehrheit der Versammelten entschied sich allerdings gegen die Proklamierung der Republik und für die konstitutionelle Reichsverfassung. Der Vorsitzende Brentano, der sich zu diesem Zeitpunkt nicht in Offenburg aufhielt und in einem Brief an Werner „von allen extremen Schritten, namentlich jeder republikanischen Demonstration dringend abmahnte“<sup>15</sup>, wurde zum Präsidenten des revolutionären badischen Landesausschusses gewählt, der nach dem Übergang des Militärs auf die Seite der Aufständischen und der Flucht des Großherzogs als revolutionäre Regierung die Geschäfte übernahm. Auch Werner wurde Mitglied und zudem Zivilkommissär beim